Pierre Moscovici: Schröder, Blair und wir*

Pierre Moscovici, geb. 1957 in Paris, Studium der Politikwissenschaft, der Ökonomie und der Philosophie in Paris, ist französischer Minister für Europaangelegenheiten im Kabinett Jospin.

Der gemeinsame Text von Tony Blair und Gerhard Schröder mit dem Titel „Der Weg der Zukunft für die Sozialdemokraten Europas" stellt einen nützlichen Beitrag zur Debatte über die Zukunft der Sozialdemokratie dar, ungefähr ein Jahrhundert nach deren Gründung in Europa und zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer. Die technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in der heutigen Welt nehmen die jeweilige Politik in die

* Aus: Libération vom 11.6.1999; aus dem Französischen übersetzt von Daniel Enskat und Marcin Kulesza.

Pflicht, ihre Doktrin zu hinterfragen und sie gegebenenfalls zu aktualisieren. Es ist insbesondere die Aufgabe der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und Regierungen, die derzeit die Mehrheit in Europa darstellen, die Europäische Union in das 21. Jahrhundert zu führen.

Um eine Sache von vornherein klarzustellen: Die Regierung Lionel Jospins fühlt sich durch diese Initiative keineswegs hintergangen. Sie wurde im Übrigen frühzeitig davon unterrichtet und regelmäßig über deren Entwicklung auf dem Laufenden gehalten. Daher sehe ich darin keinerlei Vorstoß, insbesondere gegen die französischen Sozialisten von Seiten unserer Freunde aus der SPD und der Labour Party, auch wenn der Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung hätte günstiger gewählt werden können. Frankreich wurde die Teilnahme an dieser Veröffentlichung zwar angeboten, aber wir haben aus Sorge um die Klarheit der Aussagen und weil wir uns darin nicht wieder erkennen vorgezogen, diesen Text den deutsch-britischen Standpunkten zu überlassen.

Die europäische Linke ist vielfältig, und das ist eine Stärke. Jetzt, wo dieser Text vorliegt, möchte ich meine Sicht der Dinge darstellen.

Meiner Meinung nach stellt sich nicht die Frage nach einem „Dritten Weg" zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus, anders gesagt einer Abkehr von unseren Werten und Bestrebungen. Wir sind keine und wir werden nicht zu Sozialliberalen!

Wir wollen die Auswirkungen der Globalisierung meistern, indem wir in großem Maßstab unsere Handlungsmittel erneuern und unsere Sozialsysteme reformieren. Die Regulierung der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, eine wirksame makroökonomische Politik und deren Koordinierung unter den europäischen Staaten, gerechte Steuerbelastungen und Sozialleistungen sichern eine Neuverteilung der Einkommen und ermöglichen unserer Meinung nach stetes Wachstum und soziale Gerechtigkeit.

Diese Strategie steht offensichtlich im Gegensatz zu einer Politik, die auf dogmatischem Freihandel, Deregulierung, Steigerung der Flexibilität und der Senkung der Arbeitskosten gegründet ist. Wir glauben nicht, dass der Staat, die soziale Sicherung und die öffentlichen Ausgaben für die Arbeitslosigkeit in Europa verantwortlich sind. Wir glauben nicht, dass wirtschaftlicher Fortschritt und das Gebot der Solidarität die individuelle Verantwortung des Einzelnen aufheben. Gleichwohl sind wir uns dessen bewusst, dass man die staatliche Fürsorge und unsere öffentlichen Dienstleistungen modernisieren muss, um sie zu wirksamen Instrumenten zu machen, Wohlstand und Beschäftigung zu sichern. Mehr denn je muss die Linke eine Partei der Bewegung, der Reform und der Innovation sein.

Diese feinen Unterschiede – oder ehrlich gesagt, diese Abweichungen von unseren Nachbarn in gewissen Punkten - können vollständig mit den objektiv unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten und Besonderheiten erklärt werden. Da sowohl die Labour Party als auch die SPD sehr lange in der Opposition waren und gelegentlich während jener Jahre einer „extrem linken" oder pazifistischen Strömung nachgegeben hatten, was zu Wahlniederlagen führte, mussten sie mit einem Mal ihre Doktrinen überarbeiten und aus dem hinterlassenen Erbe der konservativen Regierungen Bilanz ziehen. So entstellten 18 Jahre ultraliberalen Thatcherismus die Erscheinung der britischen Gesellschaft gründlichst; in einem solchen Zusammenhang können die vorrangigen Reformen nicht die gleichen sein wie zum Beispiel in Frankreich, wo man die Demontage einer gemeinschaftlichen und solidarischen Entwicklung zu verhindern wusste.

Die französischen Sozialisten sahen sich nicht mit den gleichen Schwierigkeiten konfrontiert. Sie zeigten während ihrer Regierungsverantwortung seit Beginn der achtziger Jahre

die nötige Lernfähigkeit und zogen nach der Rückkehr der Rechten seit 1993 und vor allem seit 1995 ihre Schlussfolgerungen.

Wir sind nicht länger den Beweis schuldig, dass eine linke Politik nicht immer von mehr Defiziten, Inflation, Konjunkturabschöpfung und Ausgaben sowie immer größeren Reglementierungen geprägt ist. François Bayrou hat übrigens vor kurzem bestätigt, dass die besessenen Anhänger der Lohnerhöhungen sich nicht dort befinden, wo Nicolas Sarkozy sie gerne sehen würde. Seit über 15 Jahren haben die französischen Sozialisten einen einfachen Ehrgeiz: Modernisierung ohne Wenn und Aber, Anpassung der Programmatik an die Realität sowie Festigung der sozialen Errungenschaften, Schaffung günstigster Bedingungen für Privatinitiativen und freier Verhandlungsspielraum zwischen den Sozialpartnern. Wir haben einige ideologische Voreingenommenheiten hinter uns gelassen, seien sie nun links (die Vergesellschaftung der Unternehmen) oder auch rechts (totale Deregulierung, der Markt als Antwort auf alle Probleme) einzuordnen. Deswegen haben die französischen Wähler ihr Vertrauen meistens der sozialistischen Partei und deren linken Bündnispartnern geschenkt, während SPD und Labour Party in der Opposition waren.

Unsere Freunde in der SPD und in der Labour Party versuchen ihren eigenen Weg, der nicht ganz dem unseren entspricht. Aber wir sind vollkommen einig über das anzustrebende Ziel, das von Lionel Jospin treffend zusammengefasst und im Text von Tony Blair und Gerhard Schröder aufgegriffen wurde: „Ja zur Marktwirtschaft, Nein zur Marktgesellschaft“.

Dieser Text trifft in einem weiteren Punkt vollkommen, wenn Tony Blair sagt: „Was zählt, ist das, was geht“. Der unbestreitbare wirtschaftliche Erfolg der linken Regierung in Frankreich bestätigt die Richtigkeit dieser Politik. Wir sind von allen großen europäischen Ländern seit zwei Jahren das Land mit den höchsten Wachstumsraten und dem dynamischsten Zuwachs an Arbeitsplätzen.

Der Text von Tony Blair und Gerhard Schröder ist, ich wiederhole es, ein interessanter Beitrag zur Debatte, den ich - ohne ihn zu teilen - in Verbindung mit der Situation Großbritanniens verstehe, doch zugegebenermaßen weniger im wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Kontext Deutschlands. Er scheint keine Lösungen anzubieten, die auf die französische Situation passen würden - die Rechte, die sich zu schnell darüber freut, sollte sich nicht täuschen -, genauso wenig bietet er Europa im Ganzen weder eine Vision noch einen Entwurf.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Problematik nicht im Zentrum der europäischen Linken steht. Die Politik, die wir mit Lionel Jospin betreiben, basiert auf festen und erneuerten Werten und hat einiges an Analysen, Lösungen und Erfahrungen zu bieten. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir, weit davon entfernt, isoliert zu sein, sowohl im Norden als auch im Süden Europas Resonanz finden werden.

Zum Schluss möchte ich unseren Freunden sagen: Lasst uns weiterhin gemeinsame Überlegungen anstellen, aber bleiben wir dabei auf dem linken Weg!